

14595/AB
Bundesministerium vom 21.07.2023 zu 15099/J (XXVII. GP) sozialministerium.at
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.456.909

Wien, 17.7.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 15099/J der Abgeordneten Julia Herr, Genossinnen und Genossen betreffend: Mehr Gerechtigkeit durch Millionärssteuern** wie folgt:

Fragen 1 bis 11:

- *War die Einführung von vermögensbezogenen Steuern/Millionärssteuern bereits Thema im Ministerrat?*
 - a. *Wenn ja, wann und in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Gibt es eine Arbeitsgruppe innerhalb der Regierung, die sich mit der Einführung vermögensbezogener Steuern/Millionärssteuern auseinandersetzt?*
 - a. *Wenn ja, was sind deren Ergebnisse?*
 - b. *Wenn nein, werden Sie eine solche initiieren?*
- *Gibt es in Ihrem Ministerium eine Arbeitsgruppe, die sich mit vermögensbezogenen Steuern/Millionärssteuern zur Finanzierung unseres Sozialstaats (u.a. Pflege, Kinderbetreuung) auseinandersetzt?*
 - a. *Wenn ja, was sind deren Ergebnisse?*
 - b. *Wenn nein, werden Sie eine solche initiieren?*

- *Haben Sie die Einführung vermögensbezogener Steuern/Millionärssteuern im Zuge der vergangenen Budgetverhandlungen gefordert?*
 - a. *Wenn ja, warum wurden diese nicht umgesetzt?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Am 1.5. haben Sie oben erwähnte Presseaussendung ausgesendet. Haben Sie in den Wochen davor oder seither mit Vizekanzler Kogler über konkrete Schritte zur Einführung vermögensbezogener Steuern/Millionärssteuern gesprochen?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Was war das Ergebnis des Gespräches?*
 - c. *Welche konkreten Schritte folgen daraus?*
 - d. *War die Presseaussendung selbst Thema?*
 - e. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Am 1.5. haben Sie oben erwähnte Presseaussendung ausgesendet. Haben Sie in den Wochen davor oder seither mit Bundesminister Brunner über konkrete Schritte zur Einführung vermögensbezogener Steuern/Millionärssteuern gesprochen?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Was war der Inhalt des Gespräches?*
 - c. *Welche konkreten Schritte folgen daraus?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Am 1.5. haben Sie oben erwähnte Presseaussendung ausgesendet. Haben Sie in den Wochen davor oder seither in der Bundesregierung über konkrete Schritte zur Einführung vermögensbezogener Steuern/Millionärssteuern gesprochen?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Was war der Inhalt der Gespräche?*
 - c. *Welche konkreten Schritte folgen daraus?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Ist eine Millionärssteuer für Sie eine Notwendigkeit, um Pflege und Kinderbetreuung attraktiver zu machen?*
 - a. *Wenn ja, welche Schritte setzen Sie, wenn keine Millionärssteuer kommt?*
 - b. *Wenn nein, wie soll die Attraktivierung von Pflege und Kinderbetreuung alternativ finanziert werden?*
- *Werden Sie sich an das Finanzministerium wenden, damit dieses einen Konzept für eine gerechte Vermögensbesteuerung in Österreich ausarbeitet?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

- *Haben Sie Ihr Ministerium beauftragt, gemeinsam mit dem Finanzministerium in Verhandlungen zur Einführung einer vermögensbezogenen Steuer/Millionärssteuer zur Finanzierung von Pflege und Kinderbetreuung zu treten?*
 - a. *Wenn ja, wann werden diese starten?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *In der laufenden Legislaturperiode wird noch das Budget für 2024 am Programm stehen. Wird von Ihrer Seite aus in den entsprechenden Verhandlungen die Einführung von vermögensbezogenen Steuern/Millionärssteuern gefordert werden?*
 - a. *Wenn ja, wie sollen diese aussehen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Meine Aussagen zum Thema Millionärssteuern sind Ausfluss anlassbezogener allgemeinpolitischer Überlegungen, wie die Besteuerung gerechter verteilt und die Leistungen des Staates auch zukünftig finanziert werden können. Sie sind nicht von der Amtstätigkeit des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz umfasst und unterliegen somit als solche auch nicht dem parlamentarischen Fragerecht.

Soweit sich die Fragen auf Gespräche und Verhandlungen mit dem Koalitionspartner beziehen, ist darauf hinzuweisen, dass die Position des Koalitionspartners zum Thema Vermögenssteuern hinreichend bekannt ist und daher derartige Gespräche oder diesbezügliche Arbeitsgruppen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn machen. Dies hindert mich aber nicht daran, die Position der Grünen zu diesem Thema in die öffentliche Diskussion miteinzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

